



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 2. Dezember 2014
(OR. en)

Interinstitutionelles Dossier:
2013/0187 (COD)

15733/14
ADD 1

AVIATION 218
CODEC 2291

BERICHT

Absender: Generalsekretariat des Rates
Empfänger: Rat

Nr. Vordok.: 15472/14 AVIATION 2010 CODEC 2236
Nr. Komm.dok.: 11496/13 AVIATION 90 CODEC 2072

Betr.: **Tagung** des Rates (**Verkehr, Telekommunikation und Energie**) am
3. Dezember 2014
Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des
Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 216/2008 in Bezug auf
Flugplätze, Flugverkehrsmanagement und Flugsicherungsdienste –
SES II+, EASA-Verordnung
– Allgemeine Ausrichtung

Die Delegationen erhalten in der Anlage eine Erklärung der Kommission zur Anwendbarkeit der
Verordnung (EG) Nr. 216/2008 auf den Flughafen von Gibraltar.

Erklärung der Kommission zur Anwendbarkeit der Verordnung (EG)

Nr. 216/2008 auf den Flughafen von Gibraltar

"Der spanische Delegierte hat der Kommission auf der Tagung des AStV (1. Teil) vom Freitag, den 21. November 2014 zum Tagesordnungspunkt betreffend den Kommissionsvorschlag für eine Verordnung zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 216/2008 die Frage gestellt, ob der Vorschlag eine Verpflichtung für eine öffentliche Behörde begründet, die für Tätigkeiten auf oder im Luftraum über dem Flughafen von Gibraltar zuständig ist.

Die Kommission möchte in Beantwortung dieser Frage betonen, dass mit den gegenwärtig im Ratstext vorgesehenen Änderungen der Verordnung 216/2008 der Anwendungsbereich der Verordnung (EG) Nr. 216/2008, was den Flughafen von Gibraltar betrifft, nicht geändert würde. Es würde somit keine neue Verpflichtung für eine öffentliche Behörde begründet, die für Tätigkeiten auf oder im Luftraum über dem Flughafen von Gibraltar zuständig ist.

Die Kommission erinnert außerdem an ihre Neutralität in der Streitigkeit zwischen dem Vereinigten Königreich und Spanien hinsichtlich der Frage der Hoheit über das Gebiet, in dem sich der Flughafen von Gibraltar befindet, und bedauert, dass diese Frage Fortschritte im Rat bei verschiedenen Luftverkehrsdossiers verzögert."